

Pressemittlung

So „schnell“ möchte der Senat neue Schulplätze schaffen

In der Senatssitzung vom 13.09.2022 wurde eine Entscheidung u. a. zu diesem Gebäude getroffen:



schematische Darstellung des Baukörpers



Detaildarstellungen für die Bauausführung

Mit dem Gebäude wollte der Bezirk Pankow rund 800 neue Schulplätze schaffen. Konkret: Am Rosa-Luxemburg-Gymnasium (RLG) dürften derzeit 850 Kinder und Jugendliche (entsprechend des Musterraumprogramms für die Berliner Schulen) lernen, tatsächlich werden hier aber rund 1200 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. In dem abgebildeten Gebäude, für das eine vollständige Planung zur Genehmigung eingereicht ist, sollten neben modernen Klassenräumen und Aufenthaltsbereichen u. a. **die seit 30 Jahren fehlenden Fachunterrichtsräume für die Naturwissenschaften und die Bildende Kunst bedarfsgerecht** entstehen. Für das RLG würden nach der Fertigstellung rund 1070 Plätze mit dem Standard des 21. Jahrhunderts zur Verfügung stehen. Außerdem war geplant, dass das RLG nach der Fertigstellung dieses Gebäudes den 2016 eröffneten modularen Ergänzungsbau (MEB) mit 24 Räumen auf dem benachbarten Gelände der Grundschule Wolkenstein an diese abgibt, so dass Pankow auch rund 580 Grundschulplätze gewinnen würde. Bilanz: $580 + 1070 - 850 = 800$ neue Plätze.

In der letzten Legislatur wurde dieses Vorhaben durch das Abgeordnetenhaus auf die Investitionsliste des Landes Berlin (mit einer Umsetzung in den Jahren 2020 bis 2024) gesetzt. Der Bezirk Pankow hatte die planerische und baubegleitende Umsetzung des Vorhabens übernommen. Nach einem Auswahlprozess wurde im Jahr 2019 ein in Pankow ansässiges Architekturbüro mit der Planung und der Baudurchführung beauftragt. Dieses Architekturbüro hatte unter anderem zuletzt in Leipzig einen Schulneubau innerhalb von weniger als vier Jahren zwischen der Beschlussfassung zum Neubau und der Eröffnung des Baus realisiert. Bei der Planung des Vorhabens für das RLG ergaben sich während der Planungszeit immer wieder neue Anforderungen auf Bezirks- und Landesebene, so dass sich die eigentlich für 2020 avisierte Einreichung der Erweiterten Vorplanungsunterlage (EVU) um zwei Jahre verzögerte; sie wurde nun im August dieses Jahres eingereicht. Die Schulgemeinschaft nahm regen Anteil an dem Planungsprozesse u.a. durch vier Anhörungen der Schulkonferenz. **Bei einer schnellen Prüfung dieser Unterlage wäre ein Abschluss der Maßnahme und die Nutzung des neuen Gebäudes und damit die Schaffung von 800 neuen Schulplätzen im größten der Berliner Bezirke im Jahr 2026 möglich gewesen.**

Und was macht die Berliner Landesregierung? Der Finanzsenator kündigt kurz nach dem Sommerferienbeginn 2022 an, dass Berlin nicht mehr alle Vorhaben bei der Rekonstruktion von Schulgebäuden und beim Schulneubau finanzieren kann und gibt den Bezirksbürgermeistern 48 Stunden Zeit, gegen die Streichung/Verschiebung der in den Bezirken

geplanten Maßnahmen Einspruch zu erheben sowie die wichtigsten Maßnahmen in der 48-Stunden-Frist nochmals zu begründen. Pankow hatte zu diesem Zeitpunkt 29 neue Bauvorhaben im Bereich Schule vorgesehen, alle waren und sind wichtig. Für deren unverzügliche Umsetzung fehlten mit einem Schlag die erforderlichen Finanzen. Entsprechend des vom Finanzsenator unterbreiteten „Angebots“ an die Bezirke, das eher an angesetzte Daumenschrauben erinnert, meldete Pankow daraufhin fünf Maßnahmen, für die die Planungen schon weit fortgeschritten oder abgeschlossen waren. Pankow verband das mit der Erwartung, dass diese auch wie vorgesehen umgesetzt werden können. Auch für das oben dargestellte Gebäude sah Pankow vom Beginn der Sommerferien bis zum Dienstag dieser Woche alles für eine zügige Umsetzung als vorbereitet an, und so war es ja auch.

Die finale Sitzung des Senats fand am 13.09.2022 statt. Man hört, dass es noch nicht einmal vorab eine ansonsten übliche Mitzeichnungsvorlage aus dem Hause des Finanzsenators für die anderen Senatsverwaltungen gab. Zu der Sitzung waren die von den Kürzungen für die Rekonstruktionen und Erweiterungen von Schulen und für den Schulbau betroffenen Bezirke nicht zur Anhörung geladen. Beschlüsse des Abgeordnetenhauses aus den Vorjahren schienen in dieser Sitzung ebenfalls nicht mehr relevant.

Von den aus Pankow angemeldeten fünf Vorhaben wurden vom Senat in der Sitzung am 13.09.2022 fast alle nicht für einen vom Bezirk geplante Umsetzung (in dem geplanten Zeitrahmen) akzeptiert. Insgesamt blieben nur zwei von 29 Vorhaben des Bezirkes Pankow im Rahmen der von Pankow geplanten Terminalschieben für die Umsetzung übrig. Die anderen Vorhaben werden nicht finanziert oder deren geplante Finanzierung wird so weit nach hinten geschoben, dass nicht feststeht, ob die Vorhaben dann, viele Jahre später, ausfinanziert sein werden, ob sie also wirklich irgendwann kommen werden. In jedem Fall werden sich in ein paar Jahren jetzt erfolgte Planungen als überholt erweisen und die auch finanziell aufwändigen Planungsvorhaben müssen erneut durchlaufen werden.

Für den Anbau an das Hauptgebäude des RLG „plant“ der Senat eine Verschiebung mit einer Fertigstellung im Jahr 2031. Eine weitere Schülergeneration des RLG wartet also auf die ihnen zustehenden Lernvoraussetzungen. Der Wartezeitraum erhöht sich somit auf rund 30 Jahre (siehe angefügte kurze Chronik).

Der Aufschub der Umsetzung auch dieser Maßnahme wird zu erheblichen Mehrkosten für das Land Berlin führen. So sind derzeit von den Planungskosten für dieses Gebäude bereits ca. 50% gebunden. Das sind rund zwei Millionen Euro. Diese muss man bei einem Aufschub des Vorhabens als „verbrannt“ ansehen, denn wenn die Umsetzung des Vorhabens erst in einigen Jahren erfolgt, dann werden u. a. neue Bedingungen für neu zu errichtende öffentliche Gebäude bestehen, die eine fast vollständige Neuplanung nach sich ziehen müssen. Von einem weiteren Anstieg der Baukosten bei einer Verschiebung muss außerdem ausgegangen werden. Auch das wird zu Mehrkosten führen.

Kurzum: So „schnell“ und so „sachgemäß“ möchte der Berliner Senat das Problem fehlender Schulplätze in 2022 und für die Folgejahre lösen.

Treptow
Schulleiter / 16.09.2022

Anlage:

Kurze Chronik zum neuen Schulgebäude entlang der Neumannstraße

Im Jahr 1993 beauftragte der Bezirk Pankow das Architekturbüro „Hundertmark & Ketterer“ aus Reinickendorf mit einer Machbarkeitsstudie zum Schulstandort des damaligen 3. Gymnasiums von Pankow und mit einer Detailplanung zu dem Einbau der ersten naturwissenschaftlichen Räume in das Hauptgebäude von 1907. Die Machbarkeitsstudie wies detailliert nach, dass der Standort geeignet für eine qualifizierte Entwicklung eines Gymnasiums ist. Damals hatte die Schule ca. 660 Schülerinnen und Schüler.

Die Mitte der 90er Jahre neu eröffneten naturwissenschaftlichen Räume waren schon für die damalige Schülerzahl von der Anzahl zu gering und von der Größe zu klein (weil Denkmalsaspekte beim Einbau zu berücksichtigen waren). Es

wurde bereits damals im Gutachten betont, dass weitere oder vollständig neue Fachunterrichtsräume für die Naturwissenschaften und die Kunst nachfolgend zu schaffen seien.

Die Machbarkeitsstudie wies außerdem auf die Möglichkeit eines Anbaus an das Hauptgebäude entlang der Neumannstraße zur Schaffung einer schon damals von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung favorisierten geschlossenen Blockbebauung (Kissingenstraße, Neumannstraße, Borkumstraße und Lauterbachstraße) hin. Die Idee dieses Anbaus wurde dann über zehn Jahre nicht weiter verfolgt. Als Grund wurde gegenüber der Schule immer wieder angegeben, dass die Schule und damit auch ihr Schulhof unter Denkmalschutz ständen und dass der Plattenbau auf dem zweiten Schulgelände (jenseits der Borkumstraße vom Hauptgebäude aus gesehen) rekonstruiert werden würde und dort die fehlenden Fachunterrichtsräume eingebaut werden würden. Beides erwies sich letztlich als falsch: Anfang des neuen Jahrhunderts gelang es, mit einem im Internet entdeckten Foto aus der Nachkriegszeit nachzuweisen, dass entlang der Neumannstraße ursprünglich eine Wohn-Bebauung vorhanden war und die entsprechenden Grundstücke also nicht ursprünglich zu dem 1907 eröffneten Gymnasium gehörten. Und der Plattenbau wurde angesichts der Finanzlage nie rekonstruiert, nein, er musste sogar schrittweise gesperrt werden. Schließlich wurde er 2015 abgerissen. In erste Vorplanungen für die Rekonstruktion des Plattenbaus wurde in den Jahren 2010 bis 2012 auch die Schule einbezogen. Bereits damals wurden Erwartungen in die Schulgemeinschaft hinein gesetzt, dass die seinerzeit schon seit 20 Jahren bestehenden Defizite endlich beseitigt werden würden.

Ab 2015 wurde dann an die Stelle des alten Plattenbaus ein 24er MEB errichtet. Alle Bemühungen der Schule, dieses Gebäude bedarfsgerecht für das Gymnasium zu errichten, scheiterten. Es wurde ein normiertes Gebäude errichtet. In diesem, 2016 eröffneten Gebäude werden seit nun über sechs Jahren weit mehr Schülerinnen und Schüler unterrichtet als es für das Gebäude zulässig ist.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Anzahl der Schnelllemerzüge am RLG setzte sich als Unterstützer der bezirklichen Bemühungen der Bezirksstadträte für Bildung, Lioba Züm-Kastantowicz und deren Nachfolger Torsten Kühne, der ehemalige Staatssekretär für Bildung, Mark Rackles dafür ein, dass das RLG den Anbau entlang der Neumannstraße bekommen soll (als Investitionsvorhaben des Landes Berlin) und dass der 24er MEB für zusätzliche Grundschulplätze weitergenutzt werden soll. Der Anbau wurde dann auch genehmigt, er befand sich zeitweise auf Platz 8 der Investitionsliste des Landes Berlin. Im Rahmen des Sonderprogramms des Landes Berlin für die Rekonstruktion bestehender Schulgebäude und den Neubau von Schulen wurden mehr als 30 Millionen Euro als Finanzrahmen für den Anbau und die ebenfalls dringend benötigte Vollendung der Sanierung des Hauptgebäudes (u. a. inklusive einer notwendigen Vernetzung der Räume in diesem Gebäude als Voraussetzung für die weitere Digitalisierung des Lernens) genehmigt.

Noch bevor das Land Berlin mit der HOWOGE eine Gesellschaft gefunden hatte, die Neubauvorhaben für das Land und die Bezirke realisiert, wurde dem Bezirk von Seiten der Senatsverwaltungen für Bildung und Finanzen das Angebot unterbreitet, das Investitionsvorhaben für das RLG übertragen zu bekommen und für die Umsetzung die Verantwortung zu übernehmen. Bezirksbürgermeister Benn und Bildungsstadtrat Kühne gingen auf das Angebot ein. Vom Bezirk wurde nach einem Auswahlprozess schließlich im Jahr 2019 das in Pankow ansässige Architekturbüro mit der Planung und der Baudurchführung beauftragt. Dieses Architekturbüro ALTEN hatte u.a. zuletzt in Leipzig einen Schulneubau innerhalb von weniger als vier Jahren zwischen der Beschlussfassung der Stadt Leipzig zum Neubau und der Eröffnung realisiert. Bei der Planung des Vorhabens für das RLG ergaben sich während der Planungszeit immer wieder neue Anforderungen auf Bezirks- und Landesebene, so dass sich die eigentlich für 2020 avisierte Einreichung der Erweiterungs-Vorplanungsunterlage (EVU) um zwei Jahre verzögerte. Die EVU wurde im August dieses Jahres eingereicht. Ein Abschluss der Maßnahme und die Nutzung des neuen Gebäudes und damit die Freiräumung des 24er MEB war für das Jahr 2026 geplant.

Der Senatsbeschluss vom 13.09.2022 spricht nun davon, dass eine Fertigstellung in 2031 geplant sei. Experten schätzen ein, dass mit diesem Senatsbeschluss jede belastbare Perspektive für das Vorhaben im Nirwana verschwindet.